



Auf dem Weg zur Supermacht Die Militarisierung der Europäischen Union

GERALD OBERANSMAYR

Als Anfang der 1990er Jahre der Ost-West-Konflikt beendet schien, wurde zwar viel über Abrüstung und die Verteilung einer so genannten Friedensdividende geredet, doch die europäischen Machteliten stimmten schon damals andere Töne an. EG-Kommissionspräsident Jacques Delors forderte 1990: „Europa muss ein Akteur auf der Weltbühne werden, der bereit ist, volle Verantwortung zu übernehmen.“¹ Michel Fennebresque übersetzte diese diplomatische Formulierung allgemein verständlich: „Europa ist dichter bevölkert und reicher als die USA. Um eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen, muss es über militärische Kapazität gleicher Größe wie die USA verfügen.“² Diesseits des Rheins dieselben Töne: Michael Stürmer, Berater des deutschen Kanzlers Kohl: „Ja, es wird der stählerne Faden militärischer Macht eingewebt werden müssen in die Diplomatie, der Wille, sie zu gebrauchen, und die Fähigkeit zur Eskalation.“³ Auch in Deutschland formulieren Generäle geradliniger. Der damalige Generaltruppeninspektor der deutschen Bundeswehr, General Klaus Naumann: „Von nun an zählen nur mehr zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und militärische Mittel sie umzusetzen.“⁴

„Nur mehr zwei Währungen in der Welt“

Ab Anfang der 1990er Jahre wird die Militarisierung der EG/EU zügig vorangetrieben. Bereits im Vertrag von Maastricht (1992) werden die EU-Staaten angehalten „die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vobehaltlos“ zu unterstützen. Auch eine „gemeinsame Verteidigungspolitik“ wird bereits ins Auge gefasst und der Militärpakt WEU (Westeuropäische Union) zum „integralen Bestandteil“ der EU erklärt. Ebenfalls 1992 prescht die WEU mit den so genannten „Petersberg Aufgaben“ vor. Nicht näher definierte „Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung“ sollten in Hinblick zum Aufgabenkatalog des westeu-

ropäischen Militärpaktes gehören. Mit dieser Bereitschaft zur territorialen Entgrenzung bei militärischen Interventionen eilte die WEU der NATO um einige Jahre voraus. Mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) wurden diese „Petersberger Aufgaben“ Bestandteil des EU-Grundlagenvertrags. Die „gemeinsame Verteidigungspolitik“ soll durch eine „rüstungspolitische Zusammenarbeit“ der Mitgliedsstaaten untermauert werden. Parallel dazu werden erste europäische Interventionsstreitkräfte entwickelt: den Startschuss gaben die BRD und Frankreich bereits Ende der 1980er Jahre mit der Aufstellung der so genannten Deutsch-französischen Brigade, die 1992 unter Einbeziehung belgischer, spanischer und luxemburgischer Streitkräfte zum „Eurokorps“ weiterentwickelt wurde. Es folgten 1995 die land- und seebasierte „Out-of-area“-Truppen EUROFOR und EUROMARFOR (Spanien, Italien, Portugal, Frankreich) und das deutsch-niederländische Korps sowie 1999 das deutsch-polnisch-dänische Korps.

Interventionstruppe von Zentralafrika bis zum Kaukasus

Enorme Dynamik gewann die EU-Militarisierung mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Noch fielen Bomben auf Belgrad und Pristina, da wurde Anfang Juni 1999 beim EU-Gipfel in Köln die Weichen in Richtung einer eigenständigen EU-Streitmacht gelegt. Im Schlussdokument heißt es:

„Die Union (muss) die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf ein glaubwürdiges Militärpotential, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, dessen Einsatz zu beschließen, um – unbeschadet von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren. [...]“

Wir verpflichten uns daher, auf den Ausbau von wirksameren europäischen militärischen Fähigkeiten auf der Grundlage der bestehenden nationalen, binationalen und multinationalen Fähig-

keiten hinzuwirken und zu diesem Zweck unsere eigenen Fähigkeit zu stärken. Dies erfordert weiterhin nachdrückliche Verteidigungsanstrengungen, [...]“

Wir erkennen ferner an, dass nachdrücklich Bemühungen zur Stärkung der industriellen und technologischen Verteidigungsbasis erforderlich sind, die nach unseren Vorstellungen wettbewerbsfähig und dynamisch sein soll. [...] Wir werden daher zusammen mit der Industrie auf eine engere und effizientere Zusammenarbeit der Rüstungsunternehmen hinarbeiten. Wir werden uns um weitere Fortschritte bei der Harmonisierung militärischer Erfordernisse und der Rüstungsplanung und -beschaffung bemühen, soweit sie die Mitgliedstaaten für angebracht halten.“⁵

Von nun an ging es Schlag auf Schlag: Noch im Dezember 1999 wird beim EU-Gipfel in Helsinki die Aufstellung der so genannten EU-Interventionstruppe beschlossen, die in einem Radius von 4.000 Kilometern rund um die EU – das reicht von Zentralafrika über den Kaukasus bis hinter den Ural – zum Einsatz kommen soll. Bei einer so genannten „Geberkonferenz“ im darauffolgenden Jahr werden bereits rund 100.000 Mann/Frau, 100 Kriegsschiffe und 400 Militärflugzeuge für diese Interventionstruppe von den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt. Im Vertrag von Nizza im Jahr 2000 wird der Militärpakt WEU samt Führungsstruktur (Politisches- und Sicherheitspolitisches Komitee, EU-Militärausschuss, EU-Militärstab) in die EU integriert und damit die EU selbst in einen Militärpakt verwandelt.

„Nummer eins, überall, weltweit“

Ebenfalls noch im Herbst 1999 erfolgte ein rüstungsindustrieller Paukenschlag. Die 100-prozentige Daimler-Chrysler-Tochter DASA und die französische Aérospatiale Matra fusionierten zum nunmehr größten kontinentaleuropäischen Rüstungskonzern EADS (European Aeronautic and Defence Company). EADS

entwickelt sich rasch zum Flaggschiff der EU-Militarisierung im Bereich Luftfahrt, Raketentechnik und Weltraum. Die Auftragsbücher quellen über. Alleine von 2002 auf 2004 stieg der militärische Auftragsbestand von 22 auf 50 Milliarden Euro an. Das macht selbstbewusst. „In zehn Jahren sind wir die Nummer eins, überall, weltweit“⁶, kündigte der deutsche Co-Vorsitzende Rainer Hertrich an, dass man es bald auch mit der US-amerikanischen Konkurrenz aufnehmen werde. Bei den Rüstungsexporten sind die EU-Staaten erstmals an den USA und Russland vorbeigezogen und zur Nummer 1 in der Welt aufgestiegen. Die Zentralisierung der europäischen Rüstungsindustrie geht weiter. Derzeit wird die Fusionierung der deutsch-französischen Marinekapazitäten nach dem Vorbild von EADS vorbereitet, um auch in diesem Bereich an das Kriegswaffenpotential der USA heranzukommen. Freilich zeigt sich an Hand von EADS auch, dass imperialistische Widersprüche innerhalb der EU weiterwirken. Das zeigt sich am erbitter-

ten Ringen zwischen Berlin und Paris um die Kommandohöhen bei EADS ebenso wie beim Feilschen nationale Anteile bei industriellen und rüstungspolitischen Großprojekten der EU (z.B. Weltraumsatellitenprojekt *Galileo*, Eurofighter).

Weltweit einzigartig: Aufrüstungspflicht in Verfassungsrang

Im Dezember 2003 einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf eine künftige EU-Verfassung. Diese ist zwar durch die Referenden in Frankreich und den Niederlande auf Eis gelegt und wird möglicherweise erst in etwas abgespeckter Form wieder die politische EU-Agenda betreten, doch der Inhalt dieser Verfassung macht deutlich, wohin die Reise nach dem Willen der Mächtigen gehen soll. Wörtlich heißt es im Art. I-41, Abs. 3: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Eine solche Aufrüstungspflicht ist wohl weltweit einzigartig. Sie macht Abrüstungsbefürworter de facto zu Verfassungsfein-

den. Durch die Aufnahme dieser Aufrüstungspflicht in die Verfassung wäre das Gebot zur Aufrüstung maximal einzementiert, also nur mehr veränderbar, wenn das Europäische Parlament, alle Regierungen und alle nationalen Parlamente gleichzeitig für eine Veränderung eintreten würden. Also faktisch unveränderbar – auf Generationen.

Damit diese Aufrüstungspflicht kein Papiertiger bleibt, kommt noch im selben Absatz des Artikel I-41 ein eigenes Rüstungsamt (Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit, Forschung, Beschaffung und Rüstung) zu Verfassungsehren. Aufgabe dieses Rüstungsamtes ist es, „zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis“ der Kriegswaffenindustrie beizutragen „den operativen Bedarf“ an Kriegsgerät zu ermitteln, „Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern“, als auch „diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen“. Diese Rüstungsagentur hat also auch exekutive Befugnisse. Entsprechend euphorisch bejubeln die Chefs der größten EU-Rüstungskonzerne EADS, BA-Systems und Thales dieses Amt in ganzseitigen Anzeigen als „historisches Ereignis“, das für die Rüstungsindustrie „von allergrößter Bedeutung“ ist⁷. Obwohl die EU-Verfassung noch gar nicht in Kraft ist, wurde dieses Rüstungsamt („Verteidigungsagentur“) bereits im Sommer 2004 gegründet und hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Es ist unter anderem damit beauftragt, die Mitgliedsstaaten einem halbjährlichen „Rüstungscheck“ zu unterwerfen, um die Rüstungsfortschritte zu „evaluieren“. Durch die Verfassung soll es außerdem ermöglicht werden, ein eigenes Rüstungsbudget auf EU-Ebene einzurichten.

Europäische Sicherheitsstrategie: „Robustes Eingreifen“

Wofür braucht man diese Aufrüstungsschritte? Auch darauf gibt die Verfassung eine Antwort. Es geht um globale militärische Interventionsfähigkeit:

– „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ... sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen für Missionen außerhalb der Union.“ (Art. I-41, 1)

– Ziel dieser militärischen Missionen dienen u.a. der „Bekämpfung des Terrorismus [...] unter anderem auch durch Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ (Art III-309,1)

Das bedeutet die territorial unbeschränkte Selbstmandatierung des EU-



guernica

Zeitung für Frieden & Solidarität,
Neutralität und EU-Opposition

*Wir schreiben,
was andere verschweigen.
guernica-LeserInnen wissen mehr ...*

Ein kostenloses Probeexemplar kann angefordert werden bei:

Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, A-4020 Linz

Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, E-Mail office@werkstatt.or.at

www.werkstatt.or.at

guernica abonnieren - für den Frieden engagieren!

Ministerrates für globale Kriegseinsätze – auch ohne UNO-Mandat. Denn es ist eine Frage politischer Definition, ob jemand als Freiheitskämpfer oder Terrorist gilt; und diese Definitionsmacht schreibt sich der EU-Ministerrat zu.

In der so genannten Europäischen Sicherheitsstrategie haben die EU-Chefs im Dezember 2003 diese Strategie bereits konkretisiert. Dort heißt es:

„Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. [...] Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert. Als eine Union mit 25 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Mrd. Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere Operationen gleichzeitig durchführen können. Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden.“⁸.

Dann erfolgt eine Aufzählung jener Regionen und Länder, wo die EU an „robustes Eingreifen“ denkt: die gesamte arabische Welt, Mittelmeerraum, der Südkaukasus. Also wohl nicht zufällig jene Länder und Regionen, wo die weltweit größten Erdöl- und Erdgasvorräte liegen.

Hierarchisierung Europas gemäß militärischer Potenz

Ebenfalls in der EU-Verfassung ist die Bildung eines militärischen Kerneuropas angelegt. Diese so genannte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) soll jene Staaten verpflichten, die „anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen“. (Art. I-41, 6) In einem Zusatzprotokoll zur SSZ sind die Kriterien aufgeführt, um zu den „militärisch Anspruchsvollen“ dazuzugehören. Eines ist, innerhalb von fünf Tagen Soldaten rund um die Welt zum Einsatz bringen zu können. Dieser innere Führungszirkel funktioniert strikt nach den Prinzipien von Upper-Class-Klubs: Die Klubmitglieder selbst können – nach dem Mehrheitsprinzip – darüber befinden, wer Einlass findet und wer wieder vor die Tür gesetzt wird. Diese Hierarchisierung Europas nach dem Kriterium militärischer Potenz wird vom Centrum für Angewandte Politikforschung, einem der bedeutendsten außenpolitischen Think-Tanks der deutschen Außenpolitik, bereits unverschämte offen propagiert: „Die militärische Führung muss von einem Triumphirat (orig.: *trirectoire*) aus Großbritannien,

Frankreich und Deutschland ausgeübt werden. [...] Während solcher Operationen müssen sich die Einheiten anderer Nationen der vollständigen militärischen Führung der Führungsnationen unterwerfen.“⁹ Von größter Bedeutung insbesondere für die deutschen Machteliten sind die Einschränkung der Vetomöglichkeiten und die Neubemessung der Stimmgewichte nach den Bevölkerungsverhältnissen. Dadurch verdoppeln sich die Stimmgewichte Deutschlands, die Frankreichs und Großbritanniens steigen ebenfalls noch um rund 45 Prozent. Die großen Verlierer dagegen sind die kleineren Staaten, deren Stimmpotenzial sich zwischen 30 und 65 Prozent verkleinert. Diese Neuverteilung der Stimmgewichte und die weitere Hierarchisierung des politischen Entscheidungsprozesses wollen die Berliner Machteliten um jeden Preis durchsetzen, auch wenn der Verfassungstext in der ursprünglichen Verfassung nicht mehr zu retten wäre.

Headlinegoal 2010: Globaler militärischer Akteur“

Mit dieser Reformierung der Entscheidungsstrukturen sollen stabile rechtliche Rahmenbedingungen für die Militarisierung der EU geschaffen werden. Freilich kommt die Militarisierung auch jetzt schon schnell voran. Beim EU-Gipfel in Brüssel Mitte Juni 2004 haben die EU-Staatschefs einen ambitionierten Fahrplan in Richtung globale Kriegsfähigkeit abgenickt. Im so genannten „Headlinegoal 2010“ werden die Meilensteine benannt, mit denen die EU bis 2010 „als globaler Akteur“ in der Lage sein soll „mit raschen und entscheidenden Aktionen das volle Spektrum an Krisenmanagement-Operationen“ abzudecken.

Zu diesen Meilensteinen gehören:
Ab 2004: – Einrichtung einer eigenen militärischer Planungszelle im Rahmen des EU-Militärstabes, um EU-Militäraktionen unabhängig von der NATO durchzuführen.

– Einrichtung einer Rüstungsagentur, um militärische Großprojekte anzukurbeln und abzustimmen.

Ab 2005: – Einrichtung einer strategischen EU-Militärtransport-Koordination – Einrichtung eines Europäischen Lufttransportkommandos (EAC).

Ab 2007: – Vollständige und globale Einsatzbereitschaft der superschnellen EU-„Schlachtgruppen“ (engl. Original: „battle-groups“).

Ab 2008: – Verfügbarkeit von Flugzeugträger und Eskortverbänden für weltweite EU-Militäroperationen.

ab 2010: – Herstellung einer umfassenden Netzwerkriegsführung unter Einbeziehung des Weltraum: „Geeignete Vernetzung aller Kommunikationsebenen, sowohl der terrestrischen als auch der im Weltraum stationierten.“

Bis 2010 soll die EU dadurch in der Lage sein, weltweit „Entwaffnungsaktionen“ durchzuführen. Die beiden EU-Militärwissenschaftler Gerald Quille (ISIS) und Fraser Cameron (EPC) bekennen offen, dies können „vom Schutz von UN-Inspektoren bis zur eine Invasion a la Irak“, schlichtweg alles beinhalten¹⁰.

Neue Atomwaffen „für nuklearen Ersteinsatz“

Für die notwendigen Rüstungsprogramme läuft die EU-Rüstungsindustrie bereits auf Hochtouren. Alleine die 20 größten Rüstungsprojekte, die derzeit in den EU-Staaten laufen, verschlingen rund 550 Milliarden Euro¹¹ Das entspricht dem jährlichen Sozialprodukt von Finnland, Schweden und Dänemark zusammengenommen.

Sie umfassen vor allem jene Gattungen, die für Angriffskriege a la Golfkrieg prädestiniert sind: neue Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Militärtransporter, Schlachtschiffe, Flugzeugträger, Militärsatellitensysteme, Marschflugkörper, Raketenabwehrsystem und – last but not least – die Modernisierung der Atomwaffenarsenals. Wohl nicht zufällig sollen ebenfalls bis 2010 eine neue Generation französischer Nuklearwaffen einsatzbereit sein, so genannte „Mininukes“. Diese miniaturisierten Atomwaffen sollen unmittelbar auf dem Schlachtfeld zum Einsatz kommen können, denn das seien – wie es die französische Außenministerin Alliot-Marie formulierte – „Atombomben, mit denen man ein Blockhaus treffen und in seinem Inneren eine Atomexplosion auslösen“ kann (*Liberation*, 27.10.2004). Die hochhoffizielle Berliner *Stiftung Wissenschaft und Politik* sieht durch diese neue Waffengattung für Paris die Möglichkeit „eines gezielten nuklearen Ersteinsatzes“¹² gegeben. In Berlin liebäugelt man heftig mit der „europäischen Atombombe“, um auch selbst in die Mitverfügung über die ultimativste aller Waffen zu kommen. In einem deutsch-französischen Papier zweier regierungsnaher Politikinstitute heißt es: „Die reformierte Force des Frappe wird nur dann ihre abschreckende Wirkung voll entfalten können, wenn sie von den europäischen Partnern als eine Option europäischer Sicherheitspolitik anerkannt wird. Die EU verfügt über alle notwendigen Instrumente, um von politischen

*Druck über wirtschaftliche Sanktionen bis hin zur Drohung eines Einsatzes konventioneller und nuklearer militärischer Mittel alle Stufen der Eskalationsleiter abzurufen. Dies kann in dem immer noch sehr heterogen strukturierten Gesamt-rahmen von GASP/ESVP jedoch nur dann in effizienter Weise geschehen, wenn alle Instrumente auf EU-Ebene koordiniert und in eine gemeinsame Strategie integriert werden.*¹³

Schlachtgruppen für Dschungel, Wüste, Hochgebirge und Häuserkampf

Die schnelle Kavallerie der zukünftigen high-tech-Kriege sollen die so genannten EU-Schlachtgruppen („*battle groups*“) werden. 13 solcher Verbände zu jeweils 1.500 bis 2.000 Mann/Frau sollen bis 2007 einsatzbereit sein. Nomen est omen: Jede dieser Schlachtgruppen soll für „robuste Einsätze“ in einem bestimmten geografischen und klimatische Einsatzgebiet präpariert werden. Kein Flecken dieser Erde soll mehr sicher sein vor europäischer „Machtprojektion“. Dem Gegner soll keine Zeit zur Vorbereitung bleiben. Die „Blitzkrieger“ sollen innerhalb weniger Tage zum Einsatz kommen, um – wie Solana andeutet – „am Boden ein Klima für den Einsatz weiterer Truppen zu schaffen“ (Eupolitix.com, 5.4.2004) Also zuerst die Rambos von den „Schlachtgruppen“, dann die Kolonialverbände der EU-Interventionstruppe.

Stolz verweist der deutsche Generaltruppeninspekteur General Wolfgang Schneiderhan, dass diese Kräfte für „*ähnliche Operationen wie die am Balkan, in Afghanistan oder am Horn von Afrika*“ vorbereitet werden. Was zählt sind „*schnelle Verfügbarkeit ohne lange Vorbereitungszeit für häufig langdauernde Einsätze*“. Deshalb werden die deutschen Spezialkräfte derzeit für bewaffnete Einsätze „*in allen klimatischen Zonen auf der Erde*“ ausgebildet, so z.B. in Trainingslagern im französischen Guayana (Dschungel), in Norwegen (Gebirge) und Arizona (Wüste).¹⁴ Dazu passend wird in einem „Diskussionspapier“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin) ange-mahnt, die „*Befähigung der Bundeswehr für den Häuserkampf*“ zu verbessern, denn der Kampf der US-Truppen im irakischen Falludscha zeige, dass „*die Stadt das wahrscheinlichste Einsatzumfeld der Streitkräfte der Zukunft*“ sei. Die verbesserte Fähigkeit der Bundeswehr für den Häuserkampf könne der Bundeswehr eine „*Führungsrolle bei Militäroperationen in*

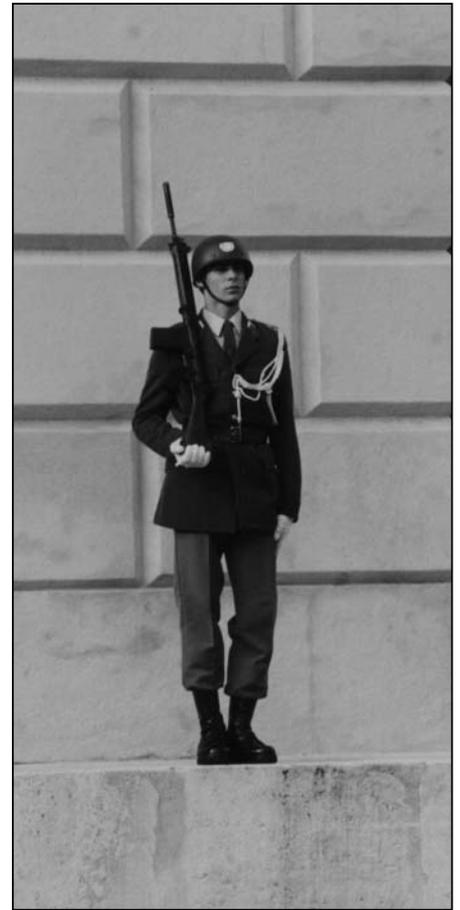
städtischem Gelände“ verschaffen und damit das Gewicht Deutschlands „*im militärischen Rahmen von EU-Battlegroups und NATO vergrößern*“.¹⁵

„Expeditionskriegszüge für ...“

Während die EU-Verfassung eine allgemeine Verpflichtung für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung bereitstellen soll, wird hinter den Kulissen bereits an den Details gefeilt. Im Jahr 2004 hat der EU-Rat das so genannte *European Defence Paper* (EDP) beim Institut für Sicherheitsstudien in Auftrag gegeben hat. Das EDP erläutert auf 140 Seiten präzise die Ausgestaltung zukünftiger Kriege des europäischen Imperiums¹⁶. In diesem Papier nimmt man sich kein Blatt mehr vor den Mund: „*Die Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Intervention und Expeditionskriegszügen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Europäische Sicherheitsstrategie*“ (S. 55). Die EU „*will mehr globale Verantwortung [...] und eine Strategie präventiven Engagements übernehmen*“. Dafür brauche man sowohl „*mobile, flexible und schnelle Streitkräfte für Expeditioneninterventionen*“ als auch Besatzungstruppen, um diese „*über sehr lange Zeiträume einzusetzen und aufrechtzuerhalten*“ (S. 7). Militärische Szenarien werden entwickelt, „*in denen die nationalen Atomstreitkräfte von EU-Mitgliedstaaten (Frankreich und Großbritannien) in die Gleichung entweder explizit oder implizit eingehen können*“ (S. 68).

„...Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“

Über die Missionsziele für die imperialen Streitkräfte wird ebenfalls Klartext geredet: „*Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen*.“ (S. 13). Dafür gelte es – so heißt es wörtlich – „*Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen*“ (S. 80) zu führen. Dankenwerterweise klären die EU-Strategen darüber auf, was hinter dem so genannten „Antiterrorkampf“ tatsächlich steht: „*Künftige regionale Kriege könnten europäische Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Bspws. durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder einer massiven Erhöhung der Energiekosten, ... oder der Störung der Handels- und Warenströme*.“ (S. 81) Auch ein Vorbild für diese „Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“ wird ausführlich dargelegt: der Golfkrieg von 1991. „*Europa kann seine Verteidi-*



gungspolitik nicht auf der Annahme aufbauen, dass es nicht größere militärische Herausforderungen im Mittleren Osten gibt, die von der gleichen oder sogar einer größeren Dimension als der Golfkrieg von 1990–1991 sind.“

„Von gleicher oder sogar größerer Dimension als Golfkrieg“

Zur Erinnerung: Im Golfkrieg Anfang der 1990er Jahre wurden ca. 300.000 IrakerInnen unmittelbar getötet. Die Folgetoten dieses Krieges – insbesondere aufgrund der Zerstörung der Infrastruktur und des Embargos – wird auf über eine Million geschätzt. In dieser Liga will die EU in Zukunft mitschießen. Auch die entsprechenden militärischen Planspiele werden bereits elaboriert: „*In einem Staat X am Indischen Ozean haben antiwestliche Elemente die Macht erlangt und benützten das Öl als Waffen, vertreiben westliche Bürger und greifen westliche Interessen an. Darüber hinaus haben sie mit der Invasion des Nachbarlandes Y begonnen, dessen Regime pro-westlich orientiert ist und eine zentrale Rolle beim freien Fluss von Öl in den Westen spielt. [...] Die EU interveniert gemeinsam mit den USA mit einer starken Streitmacht, um das Land Y zu unterstützen und ihre eigenen Interessen zu schützen. [...] Das militärische Ziel der Operation ist es, das besetzte Territorium zu*

befreien und Kontrolle über einige der Öl-Infrastrukturen, Pipelines und Häfen des Landes X zu bekommen. [...] Der EU-Beitrag besteht aus 10 Brigaden (60.000 Soldaten). Diese Landstreitmacht wird von 360 Kampfflugzeugen und zwei maritimen Einheiten, die aus 4 Flugzeugträgern, 16 amphibischen Schiffen, 12 U-Booten, 40 Schlachtschiffen, 2 Kommandoschiffen, 8 Unterstützungsschiffen und 20 Patrouillenschiffen bestehen, unterstützt.“ (S. 84)

„Kriege wagen und gewinnen“

Weil sich die imperialen Streitkräfte noch nicht in der Lage sehen, dieses Golfkriegsszenario zu verwirklichen, durchzieht die Klage über die „militärischen Defizite“ den Text von Anfang bis zum Schluss. „Die Fähigkeit Kriege in einem anspruchsvollen Szenario zu wagen und zu gewinnen ist noch sehr beschränkt.“ Denn: „Noch fehlt es der EU an militärischer Eskalationsdominanz“. (S. 105) Das soll sich ändern. Daher ist das allgemeine Credo klar: „Die militärischen Ausgaben müssen gesteigert werden.“ (S. 86). Die konkreten Vorgaben sind präzise. Hier nur ein Auszug, dessen was im EDP auf die Tagesordnung gesetzt wird:

– Erhöhung des Anteils der im Ausland einsetzbaren Streitkräfte von derzeit zehn auf 50 Prozent. Gemessen an den derzeitigen Mannstärken hieße das eine Ausweitung von 150.000 auf 750.000 Mann/Frau. Die Durchhaltefähigkeit bei „Expeditionskriegszügen“ soll von derzeit einem auf drei Jahre gesteigert werden. Gleichzeitig soll der Zeitraum, innerhalb dessen die Battlegroups weltweit schussbereit sind, extrem verkürzt werden. Ein erstes Bataillon soll bereits innerhalb von 48 Stunden marschbereit sein.

– Erhöhung der einsetzbaren Militärflugzeuge von derzeit 400 auf 600; Ausbau der Luftbetankungsmöglichkeiten, um den Einsatzradius für Kampf- und Transportflugzeuge erheblich auszuweiten, sowie der Präzisionsmunition, Abstandslenkwaffen und der Waffen zur Ausschaltung gegnerischer Flugabwehr, um die eigenen Verluste gering zu halten. Ein sofortiges 42 Milliarden Euro-Investitionspaket wird alleine im Bereich Lufttransport und Aufklärungskapazitäten für notwendig erachtet (S. 118). Die Militärausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung sollen verdoppelt werden.

– Ausbau der militärischen Fähigkeiten im Bereich Kommando, Kontrolle, Kommunikation, Nachrichtendienst, Überwachung, Zielerfassung und Auf-

klärung. Dafür soll insbesondere die militärische Nutzung des Weltraums vorangetrieben werden. Das ist die Voraussetzung zur so genannten „Netzwerkzentrierten Kriegsführung“, wie sie die USA – so die Sichtweise der Verfasser des Papiers – so „eindrucksvoll“ vorgeführt haben. Ausbau der Transportgeräte in der Luft und zur See, um die Truppen weltweit verlegen zu können.

– Einrichtung eines Europäischen Multinationalen Kommandos zur See bestehend aus Flugzeugträgern, Schlachtschiffen, U-Booten, amphibischen Einheiten, usw. Denn „die anspruchsvolle Aufgabe ist die Machtprojektion, die aus der Kombination von Luftschlägen, Landangriffen und amphibischen Operationen besteht“ (S. 103).

– Einrichtung eines ständigen strategischen sowie eines mobilen Hauptquartiers, um bei Interventionen auf Perspektive nicht mehr auf NATO-Infrastruktur angewiesen zu sein.

„... bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik“

Wohin geht die Entwicklung der EU? Während Sonntagsreden oft über die „Friedensmacht“ Europa fabulieren, wird also hinter den Kulissen Klartext über die „Finalität“ der EU geredet. In einem Strategiepapier des *Centrums für Angewandte Politikforschung* wird diese folgendermaßen zusammengefasst: „Nur im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik. [...] Die Errungenschaften der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion führen [...] zu einer Machtparität mit den Vereinigten Staaten.“¹⁷ Die EU-Verfassung, das Headlinegoal 2010, das *European Defence Paper*, die verschiedenen Hochrüstungsprojekte und Interventionstruppen laufen letztlich auf die Herausbildung einer militärischen und ökonomischen „Supermacht EU“ hinaus, die in die Fußstapfen der USA beim Kampf um die Weltmacht und die Weltmärkte tritt. Der Widerstand gegen die Herausbildung der Supermacht EU wird zur größten Herausforderung der emanzipativen Kräfte in Europa. Dieser Widerstand ist nicht chancenlos, weil er sich auf die Interessen großer Teile der Bevölkerung an Frieden und sozialer Absicherung stützen kann und weil dieser Prozess auch

innerhalb der herrschenden Eliten mit vielen Widersprüchen behaftet ist. Voraussetzung bleibt freilich, das Wolkenkuckucksheim der gängigen Europapropaganda zu verlassen und sich einen schonungslos realistischen Blick auf die EU-Entwicklung zuzumuten.

Anmerkungen:

1/ Delors, Jacques (1990): Delors seeks to cast EC in a bigger role. In: *Financial Times*, 13.9.1990.

2/ Fennebresque, Michel (1991). In: *Le Figaro*, 4.9.1992.

3/ Stürmer, Michael (1995): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Vortrag am 8.6.1995 in Graz. Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.

4/ Naumann, Klaus (1993). In: *Der Spiegel*, 18.01.1993.

5/ Schlusserklärung des EU-Gipfels in Köln, 4.6.1999.

6/ *Die Welt*, 27.4.2004.

7/ Eine starke europäische Verteidigungsagentur nützt allen – nutzen wir die Chance!, Inserat in deutschen Tageszeitungen am 15.6.2004.

8/ Europäische Sicherheitsstrategie, beschlossen am EU-Gipfel in Brüssel, 12.12.2003.

9/ Centrum für Angewandte Politikforschung: A European Defence Strategy, Bertelsmann Foundation, München 2004.

10/ European Policy Center, ESDP – The State of Play, September 2004.

11/ Oberansmayr, Gerald: Auf dem Weg zur Supermacht, 2004, S. 106ff.

12/ Stiftung Wissenschaft und Politik, Frankreichs Nuklearstrategie vor der Revision?, Jänner 2004.

13/ Deutsch-französisches Strategiepapier, ausgearbeitet von der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik und „Institut français des relations internationales“, Jänner 2004.

14/ Referat bei der Wehrpflichttagung, 25.5.2004, Berlin.

15/ SWP (2005): Stiftung Wissenschaft und Politik, Falludscha und die Transformation der Streitkräfte, Jänner 2005, Berlin.

16/ Institut für Sicherheitsstudien: European Defence – A proposal for a White Paper, Mai 2004.

17/ Centrum für Angewandte Politikforschung, Studie „Die Zukunft Europas“, München, Mai 2003.



Buchtip

Gerald Oberansmayr:
Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union. Wien: Promedia 2004